Freiheit bewahren – Gefahren ernst nehmen – Sicherheit gewährleisten

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Freiheit und Sicherheit sind nur gemeinsam zu haben. Die Freiheit stirbt, wenn Gewalt und Kriminalität zu einem Klima der Schutzlosigkeit und Unsicherheit führen. Deshalb gibt es das Gewaltmonopol des Staates.

Die Herausforderungen sind in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Gewaltbereiter rechter, linker oder islamistischer Extremismus tragen genauso dazu bei wie organisierte und Internet-Kriminalität. Zugenommen haben die Respektlosigkeiten gegenüber Polizeibeamten, die oft an der Grenze ihrer Belastung und darüber hinaus gefordert sind.

Mit voller Rückendeckung durch Rot-Rot-Grün können Polizei und Verfassungsschutz nicht rechnen. So verweigerte die Linkskoalition Polizei- und Rettungskräften im Bundesrat einen verbesserten strafrechtlichen Schutz und sprach sich gegen die Vorratsdatenspeicherung aus. Praktisch ständig gerät der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes in Konflikt mit der Landesregierung. Wir setzen stattdessen auf eine Politik, die den Sicherheitsbehörden die erforderlichen Handlungsmöglichkeiten und Mittel an die Hand gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Mike Mohring
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Fiedler
Innenpolitischer Sprecher

CDU Fraktion im Thüringer Landtag

DAFÜR setzen WIR uns ein!

- Der Verfassungsschutz ist personell und materiell zu stärken. Mit dem Verzicht auf Informanten, sogenannte V-Leute, hat Rot-Rot-Grün einen Sonderweg eingeschlagen, der umgehend beendet werden muss.
- Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Einrichtungen sind konsequent auszuschöpfen. Das dient der Vorbeugung von Gewalt und Kriminalität und erlaubt, Täter besser dingfest zu machen.
- Die Staatsanwaltschaft muss von dem in der Strafprozessordnung vorgesehenen beschleunigten Verfahren verstärkt Gebrauch machen, damit die Strafe einer nachgewiesenen Tat auf den Fuß folgen kann.
- Die Polizei muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Prävention. Dazu ist sie von Aufgaben wie etwa dem Objektschutz oder Schwertransportbegleitung, aber auch von Bürokratie zu entlasten.
- Die Organisierte Kriminalität (OK) ist stärker in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu nehmen. Es muss gelingen, neben einzelnen Straftaten auch die Organisationsstrukturen aufzuklären und Erlöse abzuschöpfen.
- Um die Attraktivität des Polizeivollzugsdienstes zu verbessern, ist eine Beförderungsquote von mindestens zehn Prozent pro Jahr erforderlich. Bei Rot-Rot-Grün kann ein Polizeibeamter durchschnittlich nur alle 20 Jahre befördert werden.
- Polizisten sollen im Einsatz mit sogenannten Body-Cams ausgestattet werden. So lässt sich dokumentieren und beweisen, wenn Bürger den Polizeibeamten den gebotenen Respekt verweigern oder Widerstand gegen die Staatsgewalt üben.

Innere Sicherheit